

Stenographischer Bericht

72. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIII. Gesetzgebungsperiode – 19. Juli 2000

Inhalt

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Kröpfl, Abg. Schuster.

Mitteilungen (5819).

Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 1539/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Flecker, Ing. Peinhaupt, Mag. Zitz und Dr. Brünner, betreffend vorzeitige Auflösung des Landtages gemäß § 10 Abs. 2 Landes-Verfassungsgesetz 1960.

Berichterstatter: Abg. Schützenhöfer (5819).

Redner: Abg. Schützenhöfer (5819), Abg. Flecker (5822), Abg. Ing. Peinhaupt (5824), Abg. Mag. Zitz (5827), Abg. Brünner (5829).

Beschlussfassung (5831).

Beginn der Sitzung: 10.12 Uhr.

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus!

Heute findet eine außerordentliche Sitzung des Steiermärkischen Landtages – es ist dies die 72. Sitzung – in der laufenden XIII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, in Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Klasnic an der Spitze.

Entschuldigt sind die Herren Abgeordneten Kröpfl und Schuster.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Auch bei dieser Sondersitzung haben wir Gäste.

Ich begrüße die Organisatoren der Ferienaktion für Kinder und Jugendliche aus dem Banater Bergland, von rumänischer Seite Herrn Prof. Gheorghe Magas, Frau Prof. Gabriela Pfeifer und Frau Prof. Loredana Kilvanya sowie vom Landesjugendreferat Herrn Dr. Heinz Herzog. (Allgemeiner Beifall.)

Hohes Haus!

Wir haben heute zwei Geburtstagskinder unter uns.

Herr Abgeordneter Johann Bacher vollendete am 14. Juli sein 50. Lebensjahr und Herr Abgeordneter Dr. Paul Tremmel wird am 27. Juli sein 60. Lebensjahr vollenden. (Allgemeiner Beifall.)

Ich gehe zur Tagesordnung über:

Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl. Zahl 1539/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Flecker, Ing. Peinhaupt, Mag. Zitz und Dr. Brünner, betreffend vorzeitige Auflösung des Landtages gemäß Paragraph 10 Absatz 2 Landes-Verfassungsgesetz 1960.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schützenhöfer (10.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zufolge des Antrages der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Flecker, Ing. Peinhaupt, Mag. Zitz und Dr. Brünner stelle ich namens des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Steiermärkische Landtag beschließt gemäß Paragraph 10 Absatz 2 Landesverfassungsgesetz 1960 seine Auflösung.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, gemäß Paragraph 10 Absatz 4 des Landesverfassungsgesetzes 1960 Landtagswahlen für den 15. Oktober 2000 auszuschreiben. Ich bitte um Annahme!

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und erteile ihm auch als ersten zu Wort gemeldeten Diskussionsredner das Wort.

Abg. Schützenhöfer (10.16 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gute Bilanzen sind die Grundlage für mutige Investitionen in die Zukunft. Ich glaube wir sind uns einig, die Bilanz der Regierung Klasnic I kann sich sehen lassen, es ist eine gute Bilanz geworden!

Wir waren jahrzehntelang das Bundesland mit der höchsten oder zweithöchsten Arbeitslosenrate, weit über dem österreichischen Durchschnitt. Jetzt stehen wir an der Kreuzung: 4,7 Prozent sind es in Österreich, 4,8 Prozent in der Steiermark, übereinstimmend sagen die Wirtschaftsforscher, dass wir innerhalb eines Jahres besser als der österreichische Durchschnitt sein werden. Wir haben den Wandel geschafft. Die Steiermark hat sich von einer Krisenregion zur Zukunftsregion entwickelt – wir stehen auf Platz 53 unter den 243 EU-Regionen, wir sind um 66 Ränge vorgezogen!

Und ich zitiere das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung wörtlich: „Innerhalb eines Jahrzehnts hat sich die Steiermark von der Region mit den gravierendsten Problemen des österreichischen Arbeitsmarktes zu jenem Bundesland entwickelt, in dem in einem Jahr die meisten zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen wurden.“ Ende des Zitates.

Wir haben mit 4,3 Prozent die höchste Wirtschaftswachstumsrate Österreichs. Wir sind seit 1997 in Österreich die Nummer eins im Beschäftigungszuwachs, 433.000 ist ein nie da gewesener Höchststand, 20.000 Beschäftigte mehr seit 1996! Und, meine Damen und Herren, das liest sich so einfach und hört sich so einfach an, aber das ist doch im Hinblick auf die Zukunft der Arbeit der entscheidende Punkt. Wir haben den Wandel geschafft! Wir sind zum Land der Arbeit geworden, wir sind ein Land, das den Fuß in der

Tür zur Zukunft hat, weil es immer mehr hoch qualifizierte Arbeitsplätze gibt und deshalb sind wir in Österreich das Land für die Zukunft der Jugend!

Das sind Ergebnisse einer durchdachten Wirtschaftspolitik, die von der damaligen Wirtschaftslandesrätin eingeleitet wurden und heute Früchte tragen. Und es ist der Beweis, dass regionale Initiativen ein Land, ein Bundesland in den Erfolg führen können.

Die Steiermark mit dem A1-Ring als Sportland Nummer eins, die Steiermark mit dem beispielgebenden Autocluster und die Steiermark als Thermenland sind nur drei unserer über Österreichs Grenzen hinaus anerkannten Leitprojekte, um die uns mittlerweile so viele, auch Bundesländer innerhalb Österreichs, beneiden! Und ich sage daher, wir alle, wie wir hier sind, haben doch allen Grund ohne jede Überheblichkeit ein bisschen stolz auf diese Steiermark zu sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Freilich gibt es auch offene Punkte. Wir sind mit der überregionalen Verkehrsinfrastruktur nicht zufrieden! Es ist schon zu viel Zeit vergangen, wenn ich an die ennsnahe Trasse oder an den Semmeringbasistunnel denke. Aber Recht bleibt Recht in einem Rechtsstaat und deshalb müssen wir akzeptieren, wenn erbitterte Gegner da wie dort alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um diese Projekte zu verzögern. Aber sie können sie und sie werden sie nicht verhindern. Deshalb, meine Damen und Herren, sei klargestellt, dass es kein Abgehen von diesen für die Zukunft des Landes so wichtigen Verkehrsprojekten gibt! (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben in dieser Periode viel für die Arbeitnehmer, für die Frauen und Familien im Lande getan. Ich nenne die Vervierfachung der Pendlerbeihilfe, ich nenne das Arbeitsförderungsgesetz, ich nenne die Rückführung der KAGES-Bediensteten in den Landesdienst. Das sind Maßnahmen, für die wir zum Teil mehr als ein Jahrzehnt gekämpft haben. Mit Waltraud Klasnic an der Spitze des Landes haben wir den Durchbruch geschafft, ich möchte es dankbar anmerken.

Wir haben die Familienbeihilfe verdreifacht und durch das modernste Kinderbetreuungsgesetz Österreichs sind wir zum frauen- und familienfreundlichsten Bundesland geworden, weil durch diese Maßnahmen die Familien gestärkt und, was ja das Entscheidende ist, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen ermöglicht wird. Das kostet viel Geld und das stand auch immer zur Debatte. Aber wir bekennen uns dazu, denn wir reden nicht über Familien- und Frauenpolitik, wir gestalten sie nachhaltig! (Beifall bei der ÖVP.)

Die Steiermark ist weiblich, habe ich am 23. Jänner 1996 gesagt, ob uns das passt oder nicht, habe ich hinzugefügt. Und das gilt im doppelten Sinne. Die Frauen haben die Mehrheit bei den Wahlberechtigten und Waltraud Klasnic ist unter den neun Landeshauptleuten die Frau als Landeshauptmann. Und, meine Damen und Herren, was die Steiermark betrifft, werden Sie verstehen, wenn ich sage, wir werden alles tun, dass das so bleibt! Denn Waltraud Klasnic ist ein Glücksfall für dieses Land, das spüren die Menschen. Sie integriert und grenzt nicht aus! (Beifall bei der ÖVP.)

Was für die Landesregierung gilt, gilt erst recht für den Landtag. Ich habe mir das in den letzten Tagen sehr genau angeschaut: 65 Prozent aller Beschlüsse in dieser Periode erfolgten einstimmig, 90,5 Prozent der Beschlüsse sind von ÖVP und SPÖ gemeinsam getragen, nur in 9,5 Prozent der Fälle haben ÖVP und FPÖ oder SPÖ und FPÖ die anderen überstimmt. Und das sei der SPÖ ins Stammbuch geschrieben: ÖVP und SPÖ haben keinen einzigen Gesetzesbeschluss gegeneinander gefasst. Wo also bitte wird in diesem Land schwarz-blau gespielt? Die SPÖ will das für die Steiermark herbeireden, weil es ihr bundespolitisch gerade passt. Sie werden Schiffbruch erleiden, die nackten Zahlen sprechen eine andere Sprache. Gell, Gennaro, da bist du anders informiert, du regst dich schon auf. In der Steiermark gibt es keine Spielart von Koalition, jetzt nicht und auch in Zukunft nicht, dafür sorgt schon der Proporz. ÖVP, SPÖ und FPÖ werden auch nach dem 15. Oktober wieder in der Regierung sein. Unsere Verfassung kennt keine Koalition. Meine Damen und Herren, nehmen Sie das zur Kenntnis in der SPÖ, schwarz-blau bleibt eine rote Gruselgeschichte und sonst nichts! (Beifall bei der ÖVP.)

Was Sie allerdings zur Kenntnis nehmen müssen ist, dass sich die Dinge auf der Bundesebene geändert haben. Ja, es ist richtig, die politische Großwetterlage hat sich in der Republik nachhaltig verändert, die Ausgrenzung der FPÖ hat ihr Ende gefunden und wir Steirer haben dabei kräftig mitgewirkt. Wir haben Abschied genommen in dieser Republik vom alten System der praktizierten Koalition und gewiss auch – und ich sage das sehr deutlich und es trifft mich auch zum Teil – von einer Sozialpartnerschaft, die sich als Nebenregierung verstanden hat. Das ist jetzt vorbei. Das mag für viele Funktionäre – und ich zähle mich in diesem Sinne durchaus dazu –, aber nicht für die Wähler schmerzlich sein, aber wer glaubt, diese Entwicklung aufhalten zu können, wird von ihr überrollt werden und übrig bleiben. Das sind doch die Fakten.

Es ist demokratiepolitisch ein legitimer Machtwechsel, der stattgefunden hat. Der Bundespräsident hat, was er immer wollte, eine Regierung mit stabiler Mehrheit im Parlament. Wir sind innerhalb der EU nicht Nachzügler, sondern wir sind Vorbild, was Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Stabilität angeht. Deshalb ist das, meine Damen und Herren, und ich werde nicht aufhören, es immer wieder zu sagen, was die EU-14 gemacht haben, mit Geist und Verfassung der EU unvereinbar und der Einheit der Europäischen Union zutiefst abträglich. Wir dürfen und werden dieses Unrecht nicht hinnehmen – denn die Sanktionen sind durch nichts gerechtfertigt und für Österreich eine Demütigung, die sich dieses Land nicht verdient hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Und weil der Abgeordnete Grabner schon applaudiert hat, jetzt wird er es nicht tun. Die SPÖ war bis heute auch hier in der Steiermark zu einem Konsens in rot-weiß-rot nicht bereit. Im Gegenteil, Sie haben über die Sozialistische Internationale gegen Österreich geschürt. Das ist und bleibt unfassbar, das ist und bleibt unverzeihlich, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Steirische SPÖ hat offenbar den Machtwechsel von der Kanzlerschaft zu Herrn Gusenbauer nicht verkräftet. Wie anders soll man verstehen, dass eine

Landespartei für Landtagswahlen in den Bund flüchten muss, um Themen zu haben? Was man von ihnen hört, ist nicht nur ideenlos, es ist geradezu peinlich. Haben Sie sich überlegt, was Sie sagen, wie Sie gemeint haben, dass Sie „Widerstand“ zum Programm erheben und dass Sie einen „widerwärtigen Wahlkampf“ erwarten? Merken Sie nicht, dass das eine geradezu erschütternde Leere, eine depressive Verengung signalisiert? Widerstand kennt man von der KPÖ, Widerstand kennt man von der APO, von der außerparlamentarischen Opposition und von autonomen Gruppen. Das sind die, die sich meist auch noch verummnen. (Abg. Dr. Lopatka: „Das kommt noch bei der SPÖ!“) Und widerwärtig wird man, wenn man sich in seiner eigenen Haut nicht mehr wohl fühlt.

Herr Landesparteivorsitzender, Sie haben jetzt alle Hände voll zu tun dafür zu sorgen, dass die sich ja nicht melden in Zwischenrufen, ich weiß es, Herr Landesparteivorsitzender, Sie sind Regierungspartei im Lande, nicht Oppositionschef. Sie sitzen oben, nicht unten. Schlüpfen Sie nicht in eine Rolle, die Sie eigentlich, wie man Ihnen ja ansieht, nicht spielen wollen und die Ihnen gar nicht passt. Was ist denn, um dieses Wort, das Sie am Parteitag der SPÖ gebraucht haben aufzugreifen, was ist denn widerwärtig? Wenn man Menschen auf Wahllisten in gute Rote und böse Andersdenkende einteilt, dann ist das widerwärtig. (Beifall bei der ÖVP.) Das muss ich Ihnen schon einmal sagen. Und wenn der Vorsitzende der zweitgrößten Partei im Lande Regierungsmitglieder in primitiver Manier abqualifiziert, Taschlträger, Hirsch und Co., dann ist das widerwärtig, Herr Landesparteivorsitzender. (Beifall bei der ÖVP.)

Und was Sie selbst über die Frau Landeshauptmann sagen oder noch mehr über sie sagen lassen – und wir werden es im Anschluss heute wieder hören – da breite ich eigentlich nur den Mantel des Schweigens aus, es qualifiziert sich von selbst. Ich bitte Sie, nicht ständig mit der roten Karte zu zeigen, ich bitte Sie zu schauen, was Ihre Leute sagen, wenn gestern der Parteisekretär von krimineller Umverteilung spricht. Das ist widerwärtig, Herr Landesparteivorsitzender. (Beifall bei der ÖVP.) Passen Sie auf, wenn Sie mit dem Finger auf andere zeigen. Vergessen Sie nicht, wenn man das tut, dass drei Finger auf Sie zurückzeigen. Passen Sie auf, dass Sie nicht in der untersten Schublade landen und andere dafür verantwortlich machen wollen. Passen Sie auf mit Ihrer roten Karte – ich habe übrigens noch keinen Schiedsrichter gesehen, der in dunklem Anzug und mit Krawatte die rote Karte zeigt –, passen Sie auf mit dieser roten Karte, der angeblich schwarz-blaue Sozialabbau, den Sie zum Hauptthema Ihrer Wahlauseinandersetzung machen wollen, könnte ein Selbstleger werden!

Ich sage es Ihnen, Sie haben kein Recht dazu, denn erstens in der Verstaatlichten haben der rote Bundeskanzler und die roten Zentralbetriebsräte jede Veränderung verhindert, bis sie zusammengebrochen ist. 60.000 Arbeitsplätze und 110 Milliarden Steuerschillinge hat das gekostet. Das ist Sozialabbau, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweitens: Der rote Bundeskanzler und seine Genossen aus der Führungsspitze der SPÖ haben uns mit dem Konsum vorgeführt, was sie von Wirtschaft verstehen, nämlich offensichtlich nichts. Es ist die größte

Pleite der Nachkriegsgeschichte geworden. 25 Milliarden volkswirtschaftlicher Schaden, 5000 Mitarbeiter haben ihre Arbeit verloren. Das ist Sozialabbau! (Beifall bei der ÖVP.)

Drittens: Und unter einem sozialistischen Bundeskanzler wurde 28.000 Mitarbeitern der VOEST und der damaligen VEW handstreichartig eine kleine Zusatzrente von durchschnittlich 800 Schilling monatlich weggenommen, obwohl es verbrieftes Recht war, Androsch, Kreisky, Vranitzky, Streicher, Rechberger, Sekyra waren es, die das zu verantworten haben. Das ist Sozialabbau!

Meine Damen und Herren, Sie haben nicht das Recht, das Wort „Sozialabbau“ in den Mund zu nehmen ohne beschämt rot zu werden. Die SPÖ hat in ihrer Regierungszeit den Sozialabbau nicht verhindert, sie hat ihn praktiziert – das ist die bittere Wahrheit, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Und, Herr Landesparteivorsitzender, ein Wort noch zu Ihnen, da spreche ich Sie persönlich in Ihrer Glaubwürdigkeit an. Wenn die neue Bundesregierung das vorzeitige Pensionsantrittsalter um eineinhalb Jahre hinaufsetzt, um eineinhalb Jahre, und Sie dies als Horror und Skandal bezeichnen, während Sie am 18. Jänner das SPÖ-ÖVP-Regierungsprogramm begrüßen und sagen, Sie werden es mittragen und im Detail nicht suchen, um abspringen zu können und am 19. Jänner noch einmal nachschieben und sagen, abgeschlossene Pakte sind einzuhalten. In einem Fall, wo es nur eineinhalb Jahre sind, ist es also Skandal und Horror, bei zwei Jahren ist es in Ordnung, diese Politik ist zynisch und doppelbödig, sie richtet sich von selbst. Das möchte ich Ihnen ins Stammbuch schreiben. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass es bei den Reformschritten Schmerzgrenzen gibt. Wir wissen, dass nachhaltige Politik einen längeren Atem verlangt. Diese neue Bundesregierung ist angetreten nicht eine kurze Wahlperiode lang, sondern generationenübergreifend zu denken und zu handeln. Das sollten auch wir tun, wenn wir unseren eigenen Kindern in die Augen schauen wollen. Denn ihnen ein Stück Zukunft zu öffnen und nicht Hypotheken zu hinterlassen, ist jetzt eine harte, aber auch eine nicht mehr aufzuschiebende Aufgabenstellung, die wir als große Herausforderung annehmen wollen.

Deshalb bekennen wir uns grundsätzlich zu den Reformzielen der Regierung, doch mahnen wir eine Politik ein, die nicht alles über einen Kamm schert, sondern nach den Gesichtspunkten sozialer Gerechtigkeit dafür sorgt, den Sozialstaat für die sozial Schwachen zu stärken, aber auch dafür zu sorgen, dass sich jene, die sichs immer auf Kosten der Anderen richten konnten, nicht ungeniert bedienen. Denn das wäre in höchstem Maße unsozial. In der Steiermark haben wir mit dieser Politik Erfolge erzielt und es wird auch so bleiben. Unser Ziel ist es, die Steiermark als Drehscheibe und Zukunftsregion Süd-Ost auszubauen und zu festigen. Eine stabile Wirtschaft und sichere und neue Arbeitsplätze sind der einzig wirkliche Garant für soziale Stabilität im Lande, für die wir alle Voraussetzungen haben.

Am 15. Oktober haben die Wähler das Wort. Die ÖVP geht ohne Euphorie, aber ermutigt in diese Wahl,

weil sie mit Waltraud Klasnic die unbestrittene Führungsqualität des Landes an der Spitze hat! (Beifall bei der ÖVP.)

In dieser Zeit des Umbruchs und des Aufbruchs, in der sich für unser Land so viele Chancen eröffnen, aber auch die Zahl derer im Steigen ist, die vom Fortschritt zurückgelassen werden, vereint sie in ihrer politischen Arbeit unternehmerischen Geist und Sensibilität für soziale Gerechtigkeit – Waltraud Klasnic hat das, was so wenige heute in der Republik haben und was sie so einzigartig macht – Herz und Kompetenz! (Beifall bei der ÖVP.) Doch wir wissen, dass die Sympathiewerte für Waltraud Klasnic mit der Zustimmung für die Volkspartei nicht zu verwechseln sind. Wir bleiben schön am Boden und sehen keinen Grund, schon gemachte Irrtümer krampfhaft zu wiederholen. Wir orientieren uns nicht an Momentaufnahmen der Meinungsforschung, sondern an Fakten und die sehen wir sehr nüchtern und die sind sehr nüchtern: Zwischen ÖVP und SPÖ besteht ein Unterschied von 2414 Stimmen und ein Mandatsgleichstand von 21 zu 21.

Wir sind zuversichtlich, dass wir diesen Abstand zwischen ÖVP und SPÖ zu unseren Gunsten verbessern können. Aber wir kennen die Unwägbarkeiten im politischen Geschehen. Die Großwetterlage kann sich rasch ändern und damit auch die Frage, ob sie Rückenwind bringt oder Gegenwind beschert. Deshalb verlassen wir uns auf die eigene Kraft und auf die eigene Arbeit und erwarten mit Zuversicht die Beurteilung der Wähler. Wir glauben, dass wir mit Waltraud Klasnic, mit unserem Regierungsteam Gerhard Hirschmann, Erich Pörtl und Herbert Paierl, mit unseren Mandatären und mit unseren Bürgermeistern einen großen, ja vielleicht entscheidenden Anteil für den Aufschwung des Landes geleistet haben.

Wir werden den steirischen Wählern sehr deutlich die Frage stellen, ob sie Waltraud Klasnic oder Prof. Dr. Schachner-Blazizek als Landeshauptmann wollen und setzen über alle Parteigrenzen hinweg auf die Steirerinnen und Steirer als Bündnispartner für Waltraud Klasnic. Wir spekulieren nicht, wer nach der Wahl wen wählt, diesen Hochmut besitzen wir nicht, aber wir glauben daran und sind überzeugt davon, dass der Wählerwille keine Zweifel daran lassen wird, nämlich Waltraud Klasnic soll Landeshauptmann bleiben und ihre erfolgreiche Arbeit für dieses Land fortsetzen. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 10.38 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Flecker (10.38 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Schützenhöfer, ich applaudiere Ihrem Magen, dass er es aushält, dass Sie hier so widerwärtige Reden halten, weil Sie das Wort widerwärtig so sehr strapazieren und ich applaudiere auch dem Magen eines Arbeitnehmervertreters, der es aushält, dass dieser Arbeitnehmervertreter sich damit begnügt, die Hand im Hosensack zu ballen und die Politik des Sozialabbaues dieser Bundesregierung mitzutragen. Das ist eine Schande. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie haben Recht, in der Steiermark ist in den letzten fünf Jahren etwas weitergegangen. Dahinter stehen Leistungen der Bevölkerung, eine positive Konjunktur- und auch Leistungs- und auch Politik, ohne Zweifel. Nach dem guten Ergebnis der letzten Landtagswahl konzentrieren sich die Kompetenzen in diesem Lande im Verantwortungsbereich der SPÖ und das ist der Unterschied, den Sie offenbar nicht erkannt haben. Oder wollen Sie die Ära Krainer mit Krise gleichsetzen, Herr Kollege Schützenhöfer? Oder wollen Sie die Zeiten der Alleinregierung und der absoluten Mehrheit der ÖVP mit Krise gleichsetzen? Da haben Sie schon Recht, aber der Unterschied liegt darin, dass die SPÖ in einen Verantwortungsbereich gekommen ist, wie er noch nie war. Und ich gebe Ihnen schon Recht, die Frau Landeshauptmann hat nicht verhindert, hat durchaus arbeiten lassen und brav zugeschaut. Meine Damen und Herren, die Gemeinden unter sozialdemokratischer Führung sind aufgeblüht. Kultur hat den Staub der Akten verloren und ist zum Leben erwacht. Kulturinitiativen bekommen mehr Geld, der Grazer Sommer ist zum Erlebnis geworden und das Projekt des Grazer Kunsthauses wäre Realität, wenn immer wiederkehrende Blockaden von ÖVP und FPÖ im Land und die finanzielle Verweigerung des Bundes ihr Ende fänden. Das Landesmuseum Joanneum ist als Ort der Kunst wieder entdeckt worden. Kein Land in Österreich hat eine derartige Ausstattung an Fachhochschulen. Der Gedanke der Dezentralisierung, des Hinausgehens in die Region und damit des Chancenausgleichs ist zutiefst sozialdemokratisch und durch Peter Schachner Wirklichkeit geworden, gegen den anfänglichen Widerstand der ÖVP.

„Job 2000“ hat Menschen in Arbeit gebracht, die Beteiligungspolitik von Landesrat Ressel war gekennzeichnet von dem steten Ausbau im Thermenland und die Übernahme von Bad Gleichenberg. Die Verbindung der Schiberge im oberen Ennstal sowie der Ausbau bestehender Wintertourismusanlagen stellen in Wirklichkeit die Tourismusinitiative dieses Landes dar. Und im Verkehrsbereich wurde der Dornröschenschlaf beendet und wir wissen ja, wer früher Verkehrsreferentin war. Würden eine steiermarkfeindliche Bundesregierung und Niederösterreichs Landeshauptmann Pröll nicht von der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit der steirischen Landeshauptfrau profitieren, wären auch die großen infrastrukturellen Würfe dieses Landes gelungen.

Der Rechnungsabschluss 1999 beweist mit Ziffern die gute Finanzpolitik. (Beifall bei der SPÖ.) Weiz, Hartberg und die Projekte Schladming und Bad Aussee sind einige Beispiele für das, was am Spitalssektor mit Günter Dörflinger gelungen ist. (Heiterkeit bei Herrn Abgeordneten Tasch.) Oder willst du Schladming oder Aussee nicht, lieber Kurt Tasch? Peinlich ist es euch schon, dass es jetzt gebaut wird, gell? (Beifall bei der SPÖ.) Wir, meine Damen und Herren, nehmen die von uns abgegebene Standortgarantie ernst und boykottiert kann sie letztlich nur werden, wenn der Bund seine Drohung, 10.000 Spitalsbetten in Österreich zu streichen, wahr macht. Ein Aufschrei dagegen seitens der ÖVP oder der steirischen Freiheitlichen fehlt mir.

Ein bahnbrechendes Sozialhilfegesetz, der Sozialplan und die Vorlage zum Kinderbetreuungsgesetz sowie die Durchführung von „Job 2000“ sind die Leistungen von Landesrätin Anna Rieder (Beifall bei der SPÖ.) und all das geschah in Zusammenarbeit mit der SPÖ-Fraktion im Hause. Zuletzt konnten wir auch noch mit der neuen Kehrordnung für die Konsumenten einiges tun und unsere Federführung im Bereich der Kinderbetreuung des Kinderbetreuungsgesetzes wird wohl niemand leugnen.

Auf der ÖVP-Seite war Paiarl durchaus bemüht und hat sich auch positioniert, allerdings in jene ideologische Richtung, in der die Bundesregierung dilettiert. Die Mitnahmeeffekte bei den Förderungen seines Freundes Stronach haben viel Geld gekostet und Paiarl war auch seine Stütze im Angriff gegen die Gewerkschaften und Arbeitnehmer. Seine Politik des fanatischen Neoliberalismus bedeutet – und solche grundsätzlichen Schlüsse hätte ich mir von Ihnen erwartet, Herr Arbeitnehmervertreter Schützenhöfer –, dass Arbeitnehmer und sozial Schwache übrig bleiben. Bemerkenswert war auch, dass Paiarl anlässlich des so genannten Budgetgipfels einem finanziellen Notopfer der Steiermark zugunsten des Bundes das Wort geredet hat, ohne Kompetenz dafür, aber in treuer Disziplin gegenüber Schüssel und Grasser. Es lebe Ihre Steiermark-Partei! (Beifall bei der SPÖ.)

Und Hirschmann hat nicht nur ein lange versprochenes Naturschutzgesetz verhindert, sondern auch als Personallandesrat keinerlei Intention zur Effizienzsteigerung in der Verwaltung gesetzt. Im Gegensatz dazu profilierte er sich durch Großmannssucht, Beschimpfungen ausländischer Staaten sowie ein Rechtsüberholen seines Kärntner Freundes Haider. Und seine Forderung, die Steiermark abzuschaffen, steht wohl in krassem Widerspruch zur selbsternannten Steiermark-Partei und der durchaus vernünftige Denkansatz, sich selbst aus der Regierung zu nehmen, könnte einfacher erfolgen. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie sind absolut unverzichtbar, denn wer würde sonst den Smalltalk mit Bernie Ecclestone führen, der Herr Pörtl, die Frau Landeshauptmann oder der Herr Schützenhöfer? Wäre lustig! Aber wenn wir dabei sind: Kompetenz zu haben ist Voraussetzung, um Kompetenzen ausüben zu können. Ich werde mich daher nicht näher mit den Ressorts der Frau Landeshauptmann befassen. Dass jener Minister, der sich als Projektvernichtungsspezialist für die Steiermark profiliert hat und zu Recht immer wieder die schlechtesten Leistungsnoten in der Bundesregierung bekommen hat, gegenüber personellen Alternativen der steirischen Freiheitlichen als intellektuelles Kompetenzzentrum zu werten ist, spricht für sich. Die vernichteten Projekte sind: Semmeringbasistunnel, Koralmbahn, die Anbindung der Eisenbahn an den Flughafen Graz und eine Verkehrslösung im Ennstal. Alles wegen der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit der Frau Landeshauptmann oder des Wankelmuts der ÖVP. Und das soll nun von ihm endgültig abgedreht werden. Wie die Frau Landeshauptmann zu ihrer Begeisterung für steirische Minister kommt, ist mir ein Rätsel sowie die Plakate, auf denen Nichtdurchgesetztes als durchgesetzt und Nichtgeleistetes als Leistung verkauft werden sollte. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorgestern bediente sie sich in der Metapher des Tormannes, viele Steirer-Goals sind zu befürchten. Meine Damen und Herren, der Herr Kollege Schützenhöfer hat es gesagt, schwarz-blau ist eine Gruselgeschichte. Und sie ist es auch geworden und sie wird es in der Steiermark genauso sein, wenn sie kommt. Und verhindern kann das nur die Sozialdemokratie. (Beifall bei der SPÖ.)

Denn wodurch ist die Politik der nunmehrigen Koalition gekennzeichnet?

Es gibt drei Säulen: Erstens befinden wir uns bereits in der Dritten Republik, die Konsensdemokratie ist Vergangenheit. Mit Betroffenen wird nicht mehr gesprochen, es wird diktiert. Mehrheitsbeschlüsse werden überfallsartig gefasst und wenn die verfassungsrechtliche Mehrheit fehlt, wird es einfachgesetzlich gemacht. Ganz nach dem Plakat der Freiheitlichen, wir lassen uns nicht bremsen. Diese Koalition lässt sich auch durch die Verfassung unserer Republik nicht bremsen. Die Institution der Sozialpartnerschaft wird dadurch abgeschafft, dass das Gespräch durch das Diktat ersetzt wird. Das ist das politische Selbstverständnis von ÖVP und FPÖ. Und, Frau Landeshauptmann, ich finde das gut, dass Sie sich anlässlich meiner Reden immer in die Abgeordnetenbank begeben, so können wir miteinander kommunizieren. Jeder hat seinen Vorteil, ich sehe Sie und Sie werden während dieser Kommunikation nicht gesehen. Aber, Frau Landeshauptmann, in jedem Parteivorstand stimmen Sie der Regierungslinie zu. Das heißt doch, dass Sie Verantwortung haben. Und warum stehen Sie nicht dazu? Ich muss doch annehmen, dass dort allgemein verständliche Beschlüsse gefasst werden und dass Sie verstehen, dass die Regierung alles, was sich ihr in den Weg stellt, zerstören will. (Beifall bei der SPÖ.)

Den Arbeitnehmervertretungen soll die Kollektivvertragsfähigkeit genommen werden, das heißt Schwächung, das heißt Spaltung, das heißt Zerschlagung von Rechten und Institutionen der Arbeitnehmer, Herr Arbeitnehmervertreter Schützenhöfer. Sie, Frau Landeshauptmann, tragen die volle Verantwortung mit für Ihre Wunschregierung und für diese Dritte Republik. Sie sind mit dabei, wenn gerade wegen des Erfolges der Sozialdemokratie bei den Arbeiterkammerwahlen die Arbeiterkammern finanziell ausgehungert werden sollen. Demokratie wird mit Pressure beantwortet, das ist Ihre Gesinnung offenbar. Können Sie sich erinnern, dass in Zeiten der sozialdemokratischen Alleinregierung irgend jemand an den Wirtschaftskammern gerüttelt hat?

Und kommen wir zur zweiten Säule dieser Regierung, die Errichtung eines Überwachungsstaates mit Einschüchterung als Mittel der Macht. Sicherheitspolizeigesetz und Militärbefugnisgesetz sprechen Bände. Jeder in diesem Staat könnte auf den bloßen Verdacht hin ohne Vorwarnung überwacht, abgehört und beschattet werden. Das ist die Politik, meine Damen und Herren der Volkspartei. Das ist die Politik Ihrer Wunschregierung und Sie tragen, indem Sie diese Politik mittragen, die Mitverantwortung und können sich durch unpolitisches Kokettieren nicht aus dieser Politik verabschieden. (Beifall bei der SPÖ.)

Diese Koalition macht Angst und arbeitet mit Pressure, arbeitet mit Brutalität und Sie haben die Verantwortung dafür. Und der Kärntner Landeshauptmann

hat gesagt, man möge missliebige Politiker vor den Kadi bringen. Und dass solche Forderungen in den Zeiten des Austrofaschismus und des Nationalfaschismus üblich waren, werden Sie zugeben müssen. Vor den Strafrichter hat das erste Mal die Obfrau der steirischen Volkspartei die SPÖ gebracht zu einem Zeitpunkt, als sie neben deren Obmann in der Regierung gesessen ist und Zusammenarbeit vorgegaukelt hat. Das – meine Damen und Herren – ist Zwiespältigkeit, ist Unehrlichkeit und zeigt mangelnde Einsicht in die Dimensionen des eigenen Handelns. (Beifall bei der SPÖ.)

Und die dritte Säule, meine Damen und Herren, dieser Koalition ist der Sozialabbau. Und ich nehme nur die Pension wegen verminderter Erwerbsfähigkeit heraus. Ich kenne keinen einzigen Widerspruch von Ihnen. Was sagen Sie dem 50-jährigen Baggerfahrer, wenn er im wahrsten Sinne des Wortes „fertiggefahren“ ist, wenn er nicht mehr arbeiten kann, weil seine Bandscheiben kaputt sind? Was sagen Sie ihm, wenn er in die Arbeitslosigkeit geschickt wird, in den Notstand, weil er erst mit 61,5 Jahren in Pension gehen kann? Oder sind Sie schon bei 67 Jahren, wie die Frau Sickl? Und wenn dann dieser Baggerfahrer in Pension geht, bekommt er auf Grund der Arbeitslosigkeit im Durchrechnungszeitraum noch eine wesentlich verminderte Pension. Sagen Sie das Gleiche wie der Generalsekretär des ÖAAB der Pilotenvereinigung, die gefragt haben, wie das so ist angesichts der Tatsache, dass Piloten EU-weit mit 60 nicht mehr fliegen dürfen? Der Herr Generalsekretär des ÖAAB hat gemeint, alle Menschen müssen in andere Berufe umsteigen und so sollen die doch mit 60 als Reiseleiter, Englischlehrer oder Lehrer einer Segelschule arbeiten. Meine Damen und Herren, das ist der nackte Zynismus Ihrer Gesinnung. (Beifall bei der SPÖ.)

Frau Landeshauptmann, wie antworten Sie darauf? Auch so zynisch oder damit, dass Sie zwar alle Menschen lieben aber man kann halt auch etwas Pech haben? Und was sagt eigentlich der ÖAAB zum ÖAAB? Seien Sie versichert – und das meine ich ernst, Herr Kollege Schützenhöfer – solange es Sozialdemokratie gibt, wird gegen diesen Zynismus, gegen diesen Sozialabbau, gegen einen Staat der Überwachung und gegen einen Staat, der eine Dritte Republik darstellt, Widerstand geübt mit allen demokratischen Mitteln. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie sind zufrieden mit Ihrer Machthungrigkeit und mit der Befriedigung Ihrer Macht. Wir wollen es mit dem Wähler halten und die Möglichkeit zur Stimmabgabe haben die Bürgerinnen und die Bürger dieses Landes am 15. Oktober. Und dort kann man dafür sorgen, dass die Übermacht der rechtsrechten Koalition sich nicht direkt in der Steiermark fortsetzt – durch eine starke Sozialdemokratie. Und diese Stimme ist auch der Protest gegen diese neue Form der Politik, die in Wirklichkeit den Wähler nicht mehr als Souverän, sondern als Untertan behandelt. Und, meine Damen und Herren, Sie verstecken das hinter dem Schleier von EU-Sanktionen, Sie haben das heute auch wieder strapaziert, eine virtuelle Diskussion. Sie sind nicht interessiert, sonst würden Sie nicht die Volksbefragung wollen, die 300 Millionen Steuerschilling kostet, gleich viel wie Sie durch Selbstbehalte sich für den Staat holen wollen. (Beifall bei der SPÖ.) Das

ist Ihre Politik! Und, Frau Landeshauptmann, für diese Politik der Unverfrorenheit und Unverschämtheit sind Sie mit verantwortlich! Und wir werden diese Entwicklung aufzeigen und wir werden aufzeigen, wohin dieser Weg führt. Wo der Weg hinführt, dass nur eine bestimmte Lobby an einem Konjunkturaufschwung teilhaben lässt, die anderen müssen zahlen und Sie bejubeln diesen Konjunkturaufschwung noch als Ihre Leistung, wie die letzte Steuerreform. Aber lassen Sie mich im Gegensatz zum Herrn Kollegen Schützenhöfer – und das war schon merkbar – auch ein paar Worte zu den Freiheitlichen in diesem Lande sagen. Die Gesinnung dieser Partei ist bekannt und braucht nicht näher kommentiert zu werden. Die Funktion der Freiheitlichen als Mehrheitsbeschaffer für die ÖVP ist ebenfalls klar und die mangelnde demokratische Hygiene ist durch Wahlplakate bewiesen. Aber auch zum Personellen. Die, die Sie als starke Frau für die Steiermark plakatieren, ist wohl eher ein starkes Stück, das dieser Steiermark zugemutet wird. Das ergibt sich als selbstredender Schluss der Betrachtung. Und der Kärntner Landeshauptmann verniedlicht die Regierung zu Susi und Strolchi. Lassen Sie mich andere Charaktere verwenden. Die Spitzenkandidatin der Freiheitlichen lässt sich Daisy rufen, sie fährt brav im Porsche des reichen Onkels Dagobert aus Kärnten mit und wer ist da wohl der Donald Duck, der stolz darauf ist, auch einmal im Porsche gesessen zu sein? Es ist offenbar wunderschön, von anderen vorgeführt zu werden, Hauptsache man darf als Erster auftreten. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, haben diesen Wahlkampf mit einer Anzeige Ihrer Partei gegen die steirische Sozialdemokratie begonnen, Sie haben Vereinbarungen der Klubs gebrochen, das alles hinter einem Nebel aus vorgetäuschter Gemeinsamkeit, gespielter Mütterlichkeit und ach so heiler Welt. Die wahren Grausamkeiten Ihrer Politik verstecken Sie oder schieben Sie ab und wollen nicht verantwortlich sein. (Beifall bei der SPÖ.) Und Sie, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, haben den Obmann der steirischen Sozialdemokratie plakativ auf die gleiche Stufe gestellt mit einem, der für viele Tote an der Berliner Mauer verantwortlich ist. Anständigkeit ist Ihr Metier wahrlich nicht und das ist bekannt. Sie beide sind aneinander gekoppelt und werden keine Übergangsregierung sein, weil Sie Macht brauchen und die Machtausübung zu Ihrem Fetisch erklärt haben. Sie sind jedoch etwas anderes und das sind Sie sicher, eine Untergangsregierung; meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Es bleibt zu hoffen, dass beide dafür verantwortlichen Parteien am 15. Oktober vom Souverän, nicht vom Untertanen die richtige Antwort bekommen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 10.59 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ing. Peinhaupt das Wort.

Abg. Ing. Peinhaupt (11.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mit großer Verwunderung muss man doch feststellen, dass meine beiden Vorredner, so nehme ich an, die Verantwortung über die Politikverdrossenheit in diesem Land übernehmen. Denn das hier an den

Tag Gelegte spottet, so meine ich, jeder Beschreibung und verdient es nicht einmal, dass man darauf eingeht. Wenn sich heute dieses Duell darauf beschränken sollte, in einem Wettbewerb der Ideenlosigkeit, so soll es so sein und so soll es auch registriert werden. Denn sich heute darauf zu verstehen, Leistungen unter Führungszeichen als Schlagworte hier in den Raum zu stellen, sich dann infolge der Inhaltslosigkeit in die Bundespolitik zu flüchten, um dieses Podium dann zu nützen, um sich das gegen den Kopf zu werfen, was man sich schon fünf Jahre hindurch gerne gesagt hätte, aber nicht sagen durfte, so glaube ich doch, dass das dem Stellenwert dieses Haus nicht entsprechen sollte. Aber wie es seine Art auch ist, er zündelt gerne und fürchtet sich dann vor dem eigenen Feuer, hat auch jetzt der Kurt Flecker die Flucht ergriffen. Ich möchte nur eines sagen, wenn man im Umgang – und das unter Schutz der Immunität – von diesem Rednerpult aus hergeht und eine Frau als Stück bezeichnet, so ist das für mich menschenverachtend. (Beifall bei der FPÖ.) Aber auf Grund des riesengroßen Applauses der SPÖ nehme ich an, dass diese Menschenverachtung ja selbstverständlich geteilt wird. Diese Artikulation, bezogen auf die von euch praktizierte Politik, die ist menschenverachtend. Meine Damen und Herren, wenn ein Kurt Flecker sich hierher stellt, der selbst in einer SPÖ-Zeitschrift – nachlesbar bitte – die EU-Sanktionen als äußerst wohltuend empfunden hat und dann von einem Überwachungsstaat spricht, so kann ich das Ganze nicht nachvollziehen. Eine Partei, die, wie er selbst sagte, in einer Demokratie lebt, ruft eine Spitzelaktion ins Leben, wo Funktionäre angehalten werden, ihre Nachbarn zu überprüfen, ob sie SPÖ oder nicht SPÖ und wenn nicht SPÖ was denn dann wählen. Was ist denn das? Wenn ich das im Zusammenhang mit dem Zitat des Herrn SPÖ-Abgeordneten Gerharter sehe, so muss ich eines sagen, dass diese Vorgangsweise in einer rechtsstaatlichen Demokratie bei Gott nichts mehr verloren hat. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber als aufmerksamer Zuhörer dieser streithaften Diskussion konnten Sie doch alle miteinander in Wahrung Ihrer eigenen Verantwortung doch auch eines wahrnehmen: Man hat Leistungen als Schlagworte geprägt und man hat dann gestritten. Man hat aber kein Wort darüber gesagt, wo es in diesem Lande noch krankt, welche Probleme es zu lösen gilt und wie man überhaupt gedenkt, diese Probleme zu lösen. Jedem geht es darum, gerne Landeshauptmann zu sein und vielleicht, dass man wieder gewählt werden könnte, um weiterhin fünf Jahre zu repräsentieren, nämlich eine Politik des Stillstandes. Meine lieben Freunde, wenn die Generalredner von SPÖ und ÖVP heute nicht in der Lage sind, Visionen, Lösungsvorschläge hier aufzuzeigen und sich unter nicht ganz richtiger Darstellung der Sachverhalte auf ihre Leistungen berufen, so tun mir eigentlich die Bürger dieses Landes sehr Leid, denn sie werden so wie üblich nach jeder Legislaturperiode und vor Auflösung des Landtages natürlich unter Vortäuschung des Streitgespräches wieder hinter das Licht geführt. Sie dürfen doch nicht glauben, dass eine SPÖ in der Steiermark freiwillig – aber bei Herrn Schachner hätte man fast so den Eindruck – auf ihre Machtposition verzichten würde. Man macht einen Scheinkampf, man macht einen Ringkampf, um sich hinter dem Rücken, in die-

sem Fall nicht das Messer hineinzustecken, sondern sich wieder die Hände zu reichen und zu sagen, na gut, haben wir unsere steirische Bevölkerung wieder einmal getäuscht. Die Bevölkerung wird sich von Ihnen, meine Damen und Herren, nicht mehr täuschen lassen. (Beifall bei der FPÖ.)

Auf die fachlichen Bereiche eingehend, ein Kritikpunkt, der Thema in den letzten Wochen in diesem Land war, die Budgetpolitik des Landes. Kurt Flecker hat festgestellt, der Rechnungsabschluss 1999 ist in Ordnung. Ja, warum ist er denn in Ordnung, ja, warum denn? Weil diese 640 Millionen Schilling aus der Wohnbauförderung auf Grund der Umstellung der Förderungsmodalität in den Rechnungsabschluss einfließen konnten, sonst wären wir ja nicht einmal Maastricht-konform. Ist Ihnen das auch bewusst? Eine freiheitliche Leistung, nur zur Erinnerung. Aber wenn ich weiter ausholen darf, meine Damen und Herren, erinnern Sie sich, was im Jänner des Jahres 1996 gefallen ist. Wir machen alles miteinander – und man hat es deutlich gemerkt, man hat ohne zu argumentieren Beschlüsse gemeinsam in trauter Zweisamkeit zwischen ÖVP und SPÖ gefasst und ein Postenschacher, der Jahrzehnte in diesem Land nicht mehr Platz gegriffen hat, auf einmal konnte er öffentlich diskutiert werden. Ja, nahezu schamlos ist man damit umgegangen, dass man sich die Posten gegenseitig zugesteckt hat, dass man zu einer Seite ÖVP, zur anderen SPÖ gleichermaßen besetzt hat, dem Land wahnsinnig hohe Verwaltungs- und Personalkosten damit erwachsen sind, aber das hat alles sein Selbstverständnis gehabt, weil jede Kritik, die wurde so wieso ignoriert. Und wie auf einmal keine Posten mehr da waren, die zu vergeben waren mit dem Angelpunkt, Fall Konrad, natürlich, wo der Kurt Flecker die ÖVP dahin gehend beschimpft hat, dass sie nicht mehr vertragstreu ist oder vereinbarungstreu ist, na ja, dann hat es ein bisschen zum Krachen angefangen. Aber nichtsdestoweniger hat man sich die Millionen vorn und hinten zugeschoben, um sich die Möglichkeit zu geben, die Werbemaßnahmen darzustellen, von den Plakaten hat uns der Herr Schachner heruntergelacht mit minus 15 Prozent für alles, der Herr Hirschmann will gleich Freibier für alle, die Frau Klasnic ist dann noch viel gerechter, die sagt, minus 15 sind mir zu wenig, aber minus 30 Prozent für alles, was überhaupt da ist. Meine Damen und Herren, was ist denn daraus geworden, aus dieser Plakataktion und den Versprechen und der Glaubwürdigkeit der Politik? Aus 15 Prozent sind magere 7 Prozent geworden. Es hat sich in den Bereichen der Abwasserentsorgung nichts getan, es hat sich in den Bereichen der Müllentsorgung nichts mehr getan, eigentlich die Hauptbrocken in der Bürgerbelastung, das wird alles stillschweigend zur Kenntnis genommen. Man sitzt hinten auf der Regierungsbank, verschränkt die Hände und sagt, nichts geht mehr! Und nichts ist fünf Jahre lang hindurch gegangen. Und diese stolzen Leistungen, die hier dementsprechend präsentiert werden, ich glaube wohl, dass das mehr oder weniger eine Augenwischerei ist.

Meine Damen und Herren, es sind entscheidende Probleme, die anstehen, um auch gelöst zu werden. Das Land Steiermark hat sich in Parteienverhandlungen zu einem Ergebnis durchgerauft, das Kinder-

betreuungs-gesetz, so wie es vorliegt, zu beschließen als Übergangsmaßnahme für den Kinderbetreuungs-scheck. Seit Monaten liegt ein Beschluss in diesem Haus, dass diese Studie zu machen ist. Wir von den Freiheitlichen sind hergegangen und haben jetzt diese Studie in Auftrag gegeben und haben sie dem Land vorfinanziert, weil wir wissen sollen, wie es mit unseren Nachkommen weitergehen soll, nicht so verantwortungslos wie eine SPÖ, die den Staat so hoch verschuldet, dass der Bürger mit einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen von 224.000 Schilling netto bis in die sechste Generation verschuldet ist. Das ist für mich ein Bruch des Generationenvertrages. (Beifall bei der FPÖ.)

Jetzt ist gefragt, meine Damen und Herren, Mut zur Verantwortung, Mut zu Reformen, das ist jetzt gefragt. Ich möchte gar nicht in die Detaildebatte einsteigen, Verwaltungsreform, war ja auch im gegenseitigen Postenschacher. Rechtsabteilungen, die aufgelöst wurden, wurden auf einmal wieder ins Leben gerufen, weil eben Leute versorgt werden mussten. Auf der einen Seite macht man eine FOKU, dann braucht man natürlich eine LAD. Macht man ja alles, die Leute müssen ja versorgt werden, kostet ja dem Land überhaupt nichts. Die Personalkosten sind enorm gestiegen, meine Damen und Herren. Aber es gibt auch noch ein weiteres Problem, das Pendlerproblem und der damit im Zusammenhang zu sehende Hahnenkampf zwischen dem Herrn Landesrat Paierl und dem Herrn Landesrat Ressel. Wer kriegt jetzt diese 30 Millionen oder nahezu 40 Millionen Schilling, um den Pendlern zu helfen? Wir haben hier in diesem Hause beschlossen, demokratisch beschlossen, dass es von der gleichen Auszahlungsstelle her geschehen sollte wie bisher, also bei Paierl angesiedelt ist. Die Landesregierung wird sich nach langen Streitereien darüber einig, dass es auf einmal doch beim Paierl sein könnte, aber nur unter der Voraussetzung, dass der Herr Paierl sich seine Bedeckung selber suchen muss. Wenn es die Frau Rieder bekommen hätte, dann wäre die Bedeckung auch kein Problem gewesen, die wäre sofort da gewesen. Meine Damen und Herren, Sie blockieren sich gegenseitig aus politischer Willkür und vergessen, dass es ein Opfer gibt und das Opfer heißt „Bürger“. Wir von den Freiheitlichen sind schon aufgestanden und haben gesagt, das gibt es doch nicht, dass man den Pendlern in dieser Situation nicht helfen kann auf Grund der normalen Marktmechanismen und haben Verbindungen mit Konzernen aufgenommen. Und Sie werden sich noch wundern, was wir in diesem Bereich, ohne auch nur einen Steuerschilling angreifen zu müssen, zum Wohle der Pendler machen werden können. (Beifall bei der FPÖ.)

Auch ein nächster Bereich, der in der Thematik total untergegangen ist. Es hat doch unlängst mediale Berichterstattungen darüber gegeben, dass die ESTAG einen Beschluss herbeiführen wollte, dass man sich gemeinsam mit dem Verbund 25 Prozent und eine Aktie an den Oberösterreichern sichert. Hat man doch gemacht. Ich frage mich nur, nach welchen Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit? Ich habe dann eine Presseaussendung des Herrn Fehringer gelesen, der hat festgestellt, ein Umsatz von 42 Milliarden Schilling wäre möglich. Ich habe mir aber dann die Mühe gemacht und habe einmal nachgeschaut, wie viel die einzelnen Konzerne unter dieser Voraussetzung für

das Jahr 2000 erarbeiten können. Ich komme nur auf 28 Milliarden. Und wenn ich die noch bereinigen müsste um die inneren Geschäfte, wie zum Beispiel das mit der STEG, dann sind wir sowieso nur mehr auf 21, 22 Milliarden Schilling oben. Hier wäre auch die Landeshauptfrau angehalten, statt einer faden-scheinigen Dreierlösung zuzustimmen, wo der Bund nur 100 Millionen einbringt, das Land Steiermark 5,5 Milliarden Schilling zahlen müsste, wobei ich Ihnen noch einmal sagen müsste und muss, diese 5,5 Milliarden Schilling, die sind ja aus dem ESTAG-Verkauf nicht mehr hier. Man hat Pensionsrückstellungen damit gemacht, man hat sich an strategischen Partnern beteiligt. So sind in etwa noch 2,5 Milliarden Schilling da. Also müssten wir wieder Geld aufnehmen, um uns hier einzukaufen, und zwar zum Wohle des Finanzreferenten in Oberösterreich einzukaufen, denn die waren gescheit. Die wollen das Geld, die 25 Prozent und eine Aktie im Landeshaushalt haben und nicht in der ausgegliederten Gesellschaft. Ich denke, dass die Steiermark die politische Verantwortung dahin gehend schon wahrnehmen sollte, eine möglichst starke strategische Position am Strommarkt einzunehmen. Und das geht nur über eine ganze österreichische Lösung. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, es gibt eine Unzahl von Problemen, die demnächst schon heranstehen und wo unsere politische Verantwortung wahrgenommen werden muss, damit sie auch gelöst werden können. Diese Lösungsvorschläge, würde ich mich freuen, wenn sie auch von anderen Parteien kommen könnten, denn alleine das Aufzeigen der Lösungen bekundet unseren Willen, die Verantwortung zu übernehmen. Wenn der Fähnchenstreit hier ausbricht, wer wen unterstützt bei einer Landeshauptmannwahl, so muss ich wohl sagen, entbehrt es an Argumenten zumindest jeder Grundlage. Denn es nützt nichts – und das garantiere ich Ihnen auch –, die Freiheitlichen sind nicht dazu angetan, sich zu Tode streicheln zu lassen. Sie sind nicht dazu angetan. Denn nur lieb und nett zu sein ist zu wenig. Mut zu Reformen braucht dieses Land und die werden wir auch einfordern. Wenn ein Herr Schachner hergeht und sich selbst aus dem Rennen nimmt, das ist, glaube ich, Rücktrittsdimension, die dritte, weil die erste in Graz ist ja – glaube ich – fehlgeschlagen, dann ist die Zeit verzögert worden, mit der Spitzelaktion haben wir keine Verantwortung mehr und jetzt wird er gar nicht einmal gewählt werden, also so denke ich, dass auch die Bevölkerung das goutieren wird, wenn eine Partei nicht gewählt werden will, dass sie ihr auch nicht die Stimmen gibt. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich bin davon überzeugt, dass dieses Land nach dem 15. Oktober mit aller Vehemenz eine Allianz der Vernunft braucht, eine Allianz der Vernunft, die auch den notwendigen Mut hat, die Verantwortung gegenüber dem Bürger auch wahrzunehmen.

Ich darf vielleicht enden mit einem sehr bezeichnenden Satz des Herrn Schopenhauer: Neue Gedanken und neue Wahrheiten durchlaufen drei Stufen, zuerst sind sie lächerlich – man hat ja auch versucht, sie lächerlich zu machen –, dann werden sie gewaltsam bekämpft – was man jetzt tätigt von Seiten der SPÖ – und schließlich werden sie in ihrem Selbstverständnis akzeptiert.

In diesem Sinne wünsche ich der Steiermark die Regierung, die sie auch verdient! (Beifall bei der FPÖ. – 11.16 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag. Zitz das Wort.

Abg. Mag. Zitz (11.17 Uhr): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste, sehr geehrte Regierungsgemeinschaft!

Herr Klubobmann Peinhaupt hat mit einem Schopenhauer-Zitat geendet und ich kenne ein Zitat mit einem ganz ähnlichen Inhalt von Gandhi und das gefällt mir wesentlich besser. Wenn man jetzt als erste Oppositionsrednerin an das Rednerpult tritt und vorher die drei Klubobmänner von den Regierungsparteien reden gehört hat, dann fallen einem doch einige Ähnlichkeiten auf. Die eine Ähnlichkeit ist, dass sich alle drei um eine bundespolitische Kür bemühen und vergessen, welche landespolitischen Aussetzer ihre Regierungsmitglieder sich in diesen letzten fünf Jahren geleistet haben.

Die zweite Ähnlichkeit ist, dass diese Landesregierung fünf Jahre lang unter einer Landeshauptfrau handelt, ohne es in irgendeiner Phase dieser fünf Jahre versucht zu haben, ein gemeinsames Regierungsprogramm zu erstellen. Eines der Resultate ist dann, dass in den letzten Wochen der Kampf um die PendlerInnenbeihilfe ausgebrochen ist, wo es letztendlich darum geht, bei welcher Tür, einer roten, einer schwarzen oder freiheitlichen Regierungstür, die „Untertanen“ in der Steiermark klopfen müssen, um sich das Geld abzuholen, eine kleine Unterstützung dafür, dass wir eine komplett verfehlte Raumordnung haben, wo Leute weit durch die Gegend fahren müssen, um einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden und wo wir eine komplett verfehlte Arbeitsmarktpolitik haben, wo Arbeitsplätze nur mehr konzentriert teilweise auch in sehr, sehr krisenanfälligen Bereichen bestehen, sehr oft in den städtischen Ballungsgebieten und bei weitem nicht regional gerecht aufgeteilt auch im ländlichen Raum.

Ich möchte noch etwas zu der Stimmung sagen, in der ich jetzt diese letzte Rede im Landtag halten darf. Es waren vorher der Klubobmann von den Schwarzen und von den Roten da am Rednerpult, da war diese „gemeinschaftliche“ Regierungsbank voll, unten im Plenum war es auch voll. Es ist ein kleines Symbol, dass in dem Moment, in dem die Opposition da herauskommt, sich diese Bänke auf einmal leeren. Und das ist eine Rolle, die wir jahrelang gewohnt sind und die wir inzwischen aber auch gerne angenommen haben, nämlich in diesem Zusammenspiel ein Garant für eine klare Kontrolle zu sein (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich bin immer da!“), eine Garantin dafür zu sein, dass wir die Themen auf die Tagesordnung bringen, die das Licht des Landtages sonst niemals erblicken würden. Ich denke konkret an das Gentechnikvolksbegehren, an das Frauenvolksbegehren, auch an die Auseinandersetzung um die Bedarfszuweisungen, 1,4 Milliarden, eine einzige Budgetzeile, im letzten Jahr übrigens um 100 Millionen Schilling von dieser Regierung überzogen worden. Und ich denke

natürlich, eine „Koproduktion“ mit Peter Hagenauer, an unser Aufdecken des Baukartelles in der Steiermark.

Ad Pendlerbeihilfe, verfehlte Raumordnung, ein Kompetenzbereich der Freiheitlichen, verfehlte Arbeitsmarktpolitik, eine Koproduktion von allen drei Regierungsparteien: Die Folge ist, dass man ein bisschen Beihilfengeld anbietet in der Hoffnung, dass die „Untertanen“ dann an die jeweils eigene parteipolitische Tür klopfen.

Diese Regierung hat ein Nullprogramm zusammengebracht, sehr bewusst aus der Proporzlogik heraus und betreibt ein sehr starres Machtmanagement. Die Arbeitsplätze, die durch diese Regierung deutlich angewachsen sind, sind die Arbeitsplätze in der Werbeindustrie. Ich habe mein Lebtag lange noch nie so viele Kampagnen aller Art auf allen möglichen Werbeträgern gesehen, wo immer wieder Klasnic und Schachner alternierend auftreten. Ölheizungswerbung mit dem Konterfei der Landeshauptfrau, Werbung für die Gauguin-Ausstellung der Landeshauptfraustellvertreter mit Tahiti-Mädchen. Da werden Werbeinstrumentarien eingesetzt, dass es einen wirklich erschauern lässt, und das selbstverständlich mit Steuermitteln und selbstverständlich als eine Art von Selbstdarstellung der Regierung. Bei der Haltung bei den wirklich großen politischen Fragestellungen, in welche Richtung soll sich die Steiermark entwickeln, sehe ich sehr wenig Unterschied bei den drei Regierungsparteien.

Ein Punkt noch, der einfach ansteht, zur Rolle beziehungsweise zu den auffallenden Ähnlichkeiten der beiden Chefs, Chefinnen dieser „Regierungsgemeinschaft“ Klasnic und Schachner. Ich hätte mir von Ihnen beiden gewünscht, dass Sie in bestimmten politischen Situationen Ihre Autorität ins Spiel bringen, in der Situation, wo Eingriffe in die Privatsphäre von Leuten passieren, Heeresbefugnisgesetz, Polizeibefugnisgesetz, Überwachungskamera am Grazer Hauptplatz, wo, wenn meine Mutter auf die Straßenbahn wartet, sie eine Kamera über sich hat, die schaut, was sie da wohl macht. Das finde ich überhaupt nicht lächerlich, Herr Hirschmann (Landesrat Dr. Hirschmann: „Nein, das war jetzt nicht ich!“), es gibt Leute, die das irritiert und stört. Ich hätte mir da von Ihnen eine klare Haltung erwartet und Sie hätten die Autorität gehabt, da mit Ihrer Kompetenz als die Ersten im Staat einen Akzent zu setzen und da durchaus auch grüne Forderungen und Forderungen von den Leuten, die parteipolitisch nicht gebunden sind, zu unterstützen.

Ein weiterer Punkt, der immer wieder aufgefallen ist, ist, wie schwer sich diese Regierung tut, sich von Uraltvorhaben zu verabschieden. Ich denke an die ennsnahe Trasse. Mit Freude habe ich vorher Klubobmann Flecker zugehört, der gesagt hat, eine Verkehrslösung im Ennstal. Ich war aber gleichermaßen ziemlich entsetzt, dass keiner der Redner vorher bereit war, den Ausdruck „Schiene“ in den Mund zu nehmen. Das heißt, diese Regierung setzt auf Uraltvorhaben, Weiterführung der 380-kV-Leitung, Ausbau der ennsnahen Trasse, anstatt sich klar davon zu distanzieren und moderne und wirklich zukunftsfähige Maßnahmen zu setzen, die die Steiermark nicht nur zu einem internationalen Durchhaus für diverse Atomstromgiganten, wie EDF beziehungsweise für den internationalen Transit anbieten.

Was mir auch immer wieder auffällt ist, wie viel sich der Landtag und Ihre Fraktionen von Ihnen als Parteivorsitzende gefallen lassen. Dieser Landtag hat sich in den letzten fünf Jahren mit Ausnahme der Grünen, des einen verbliebenen Liberalen und auch Margit Keshmiri immer wieder gefallen lassen, dass die Regierung ihm die ganze Budgethoheit wegnimmt. Sie haben es sich gefallen lassen, sich Budgets in gebundener Form „servieren“ zu lassen, wo es keine adäquate inhaltliche Debatte gegeben hat, um das Budget vorzubereiten. Und zur Erinnerung, den ersten Rechnungsabschluss, den habe ich genau zwei Jahre, nachdem das damals aktuelle Landesbudget verabschiedet wurde, gesehen.

Die Frau Landeshauptfrau ist sehr viel bei den Leuten und ich finde es auch angenehm, wenn sie sich ab und zu zu ihren eigenen Abgeordneten setzt – das ist etwas, was der Landeshauptfraustellvertreter mit Sicherheit nie machen würde –, aber es ist für mich nicht nachvollziehbar, warum Sie als Landeshauptfrau viel bei den Leuten sind, aber kein Gespräch führen, wenn der jetzige Verkehrsminister Schmid die Steiermark verkehrspolitisch von Europa abschneidet, dass Sie nicht mitreden, wenn es darum geht, sich endlich dafür einzusetzen, dass das Belastungspaket des Bundes nicht die Steiermark mit voller Härte trifft.

Was Ihren Kollegen betrifft, den Landeshauptfraustellvertreter, die SPÖ hat in dieser Legislaturperiode durch ein geschicktes Ausverhandeln von Ressorts genau zwei Drittel des Landesbudgets fest in roter Hand gehalten. Das heißt automatisch auch, dass Sie den Spielraum, den Sie gehabt hätten – im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich –, bei weitem nicht ausgereizt haben. Das, was Schachner anbietet ist, analog zu dem, was Klasnic macht, die Flucht in die Bundespolitik. Er zeigt dort eine rote Karte, die er eigentlich genauso einem guten Teil seines Regierungsteams zeigen könnte.

Was die Events betrifft, konkurriert er ja mit Herrn Hirschmann. Ich wünsche mir in der Steiermark eine Kulturpolitik, wo die Steiermark endlich wieder mit dem Begriff Avantgarde in Verbindung gebracht wird, anstatt sich einfach zu bemühen, auf dem Eventsektor ein bisschen mehr zu machen als die anderen Länder.

Was jetzt die freiheitliche Ressortverantwortung betrifft: Es war kein Zufall, dass vorher Klubobmann Peinhaupt überhaupt nicht auf die Ressortkompetenzen speziell vom jetzigen Verkehrsminister Schmid eingegangen ist, sprich Raumordnung und Bau. Schmid hat sich in dem Moment, in dem er auf der Bundesebene angekommen ist, als deftiger Kämpfer gegen steirische Interessen erwiesen. Er hat es geschafft, bestimmte verkehrspolitische Vorhaben komplett von der Steiermark abzukoppeln.

Die Rolle der Grünen in diesem Gefüge ist eindeutig eine Rolle der Kontrollkraft und eine Rolle als Kontrapunkt zu dieser Dreiparteienregierungsgemeinschaft, die sich im Wahlkampf dann halt dadurch unterscheidet, dass unterschiedliche Gesichter auf den Plakaten drauf sind, die aber 99 Prozent aller Regierungsbeschlüsse einstimmig fasst, die bereit war, in diese Legislaturperiode zu gehen ohne für irgendeinen Bereich eine Programmatik vorzulegen und die letztendlich, was jetzt die innerparteilichen Spielräume betrifft, aus meiner Sicht auch innerparteilich Leute, die

ich als Bündnispartner und Bündnispartnerinnen betrachtet hätte, ein Stück weiter an den Rand gestellt hat.

Innerhalb der ÖVP wünsche ich mir nach wie vor einen starken ökosozialen Flügel. Dieser Flügel ist inzwischen zu einem sehr bescheidenen „Flügel“ geworden, kaum mehr wahrnehmbar, was automatisch natürlich auch eine Benachteiligung vom ländlichen Raum, der Begriff „schlechte Abwasserentsorgung“ ist bereits gefallen, und eine Benachteiligung vom Alternativenenergiesektor heißt.

Innerhalb der SPÖ hätte ich auf Leute gehofft, die sich nicht nur mittels Presseaussendungen in der toten Saison für Frauen- und Menschenrechte einsetzen, sondern die das auch im Landtagsplenum machen, und zwar nicht nur dann, wenn es gerade auf Grund ihrer Umfragedaten genehm ist.

Zusammenfassend, aus Sicht der Grünen hat es in dieser Legislaturperiode einen klaren Prozess gegeben, wo die drei Regierungsfractionen noch ein Stück näher zusammengerückt sind. In der Wirtschaftspolitik haben Konzentrationen auch in der Steiermark noch mehr Fuß gefasst, war man bereit, die Teile der steirischen politischen Identität, wo wir wirklich Gestaltungsspielraum haben, freiwillig nach außen abzugeben. (Glockenzeichen des Präsidenten. Präsident: „Bitte, Frau Kollegin, einen Augenblick unterbrechen zu dürfen. Ich habe soeben erfahren, dass es in der Mitte der zweiten Reihe der Abgeordnetenbank praktisch fast nicht möglich ist, Ihren Ausführungen zu folgen. Ich bitte also die Damen und Herren nicht nur im Plenarsaal, sondern auch im Zuschauerraum, der Rede entsprechende Aufmerksamkeit zu widmen und zumindest jenen, die das hören sollen und wollen, dies zu ermöglichen. Ich danke Ihnen und bitte Sie fortzufahren!“) Ich finde das jetzt sehr interessant, wenn der Herr Präsident sagt, „jene, die das hören sollen und wollen.“ (Abg. Majcen: „Es ist in der Demokratie so, dass man das hört was man hören will!“)

Herr Präsident, ich hätte mir vielleicht von Ihnen eine etwas andere sprachliche Gestaltung gewünscht.

Um noch einmal zusammenzufassen, die Grünen gehen in diesen Wahlkampf als Garant für Menschenrechte, für Umweltpolitik und für Sozialpolitik. Die Grünen gehen in diesen Wahlkampf mit der Haltung, sehr wohl punktuell mit den anderen Fraktionen zusammenzuarbeiten in dem Moment, in dem sich für uns dort wieder Bündnispartner und Bündnispartnerinnen sichtbar präsentieren. Wie gesagt, das ökosoziale „Flügel“ von der ÖVP ist inzwischen kaum mehr wahrnehmbar und innerhalb der SPÖ ist der Menschenrechts- und Sozialbereich auch fast nicht mehr wahrnehmbar. Die Grünen gehen in diesen Wahlkampf natürlich auch mit dem Auftrag, in der nächsten Legislaturperiode endlich den Proporz abzuschaffen. Wir hätten dann eine klare Regierung mit Verantwortlichkeiten, die die Möglichkeit hat zu schauen, ressortübergreifend, welche politischen Ansätze mehrheitsfähig sind für diese fünf Jahre. Und wir hätten die Möglichkeit, in diesem Zusammenhang eine klar nachvollziehbare Oppositionspolitik zu machen mit unserem Zugang als Garanten und Garantinnen für eine Menschenrechtspolitik, Umweltpolitik,

eine solidarische Politik und natürlich eine nachvollziehbare Frauenpolitik. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und dem LIF. – 11.31 Uhr.)

Präsident: Danke sehr!

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Brünner (11.32 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie Sie wissen, bin ich diesem politischen System in der Steiermark und auch den hiesigen Auswüchsen des Parteienstaates immer wieder kritisch gegenübergestanden. Ich bin nur zutiefst überzeugt davon, dass die Schlagabtausche, die heute geliefert worden sind, der Politik und der Demokratie das Wasser abgraben, von dem in der Steiermark so oft die Rede ist. Und ich betrachte es auch als eine Missachtung von Oppositionspolitikerinnen und Oppositionspolitikern, wenn sich der halbe Saal geleert hat und wenn hier in diesem Saal etwas anderes stattfindet, also entweder Hinausgehen oder Zuhören.

Ich stehe am Ende einer Legislaturperiode auch als Oppositionspolitiker nicht an festzuhalten, dass die Politik in diesem Land Leistungen erbracht hat, die Landesregierung, der Landtag, die Regierungs- und die Landtagsfraktionen, jeder einzelne Abgeordnete, jede einzelne Abgeordnete dieses Hauses und auch die steirischen Liberalen, wenn wir in diesen viereinhalb Jahren 620 Initiativen in diesem Landtag gesetzt haben oder Frau Kollegin Keshmiri und ich uns rund 400-mal in diesen viereinhalb Jahren zu Wort gemeldet haben.

Es geht aber zweifellos nicht um Quantität, sondern um Inhalte, die in der Politik eine Rolle spielen müssen. Ich möchte nur drei Politikfelder herausgreifen, in denen die steirischen Liberalen nachweislich Spuren hinterlassen haben.

Ein erster Punkt: Es geht um die Lebenssituation unserer gehörlosen und gehörgeschädigten Mitbürgerinnen und Mitbürger, eine Lebenssituation, die uns ein besonderes Anliegen gewesen ist. Wir haben 15 Entschließungsanträge auf diesem Gebiet eingebracht und alle sind entweder einstimmig oder mehrheitlich angenommen worden. Es war mir auch wichtig, im öffentlichen Raum die Gebärdensprache hoffähig zu machen und viele Institutionen in diesem Land sind dem Liberalen Forum gefolgt und es werden Veranstaltungen nunmehr gebärdengedolmetscht.

Ein Zweites: Auch wenn die Diskussion mühsam gewesen ist, war es mir wichtig, in der Gesundheits- und Krankenanstaltenpolitik sicherzustellen, dass der Qualitätssicherung ein zentrales Augenmerk zukommen muss und nicht nur der Standortgarantie. Wir haben auf diesem Gebiet 18 Anträge eingebracht, 13 sind einstimmig oder mehrheitlich beschlossen worden.

Vieles von dem, was beschlossen worden ist, wird freilich erst in der nächsten Legislaturperiode zu realisieren und unsererseits zu kontrollieren sein.

Drittens: Wir haben die Voraussetzungen für eine effektivere Kontrolle der Landesregierung verbessert. Ich möchte stellvertretend nur unseren Kampf um die Offenlegung der Bedarfszuweisungen nennen.

Zum Unterschied der beiden Kollegen Schützenhöfer und Flecker halte ich fest, dass wir uns diese unsere Leistungen nicht allein auf den Hut stecken wollen, sondern es sind Leistungen, die in Kommunikation und Kooperation mit Ihnen, meine Damen und Herren dieses Hauses, erfolgt sind, denn wir hätten diese Leistungen nicht ohne Mehrheiten, die Sie uns geliefert haben, zustande gebracht.

Ich bin stolz auf unsere parlamentarische Arbeit, auch wenn wir diese oft nicht in das Rampenlicht der Öffentlichkeit gebracht haben. Und ich habe manche innerparteiliche Kritik auch einstecken müssen, weil mir diese parlamentarische Arbeit wichtig gewesen ist. Das Parlament ist und bleibt das Kernstück einer repräsentativen Demokratie, auch wenn dieses Parlament, wie andere Parlamente, de facto im Schlepptau der Regierung dahinsegelt. Es wird in der neuen Legislaturperiode darum gehen und ich werde mich darum bemühen, dass die Position des Parlamentes und seiner Abgeordneten weiter verbessert wird, die Position in der Kontrolle und auf dem Gebiet der Information. Wenn ich mich über etwas massiv beklage, dann darüber, dass die Landesregierung uns informationsmäßig, uns als Oppositionspartei, ausgehungert hat. Und es wird auch darum gehen mehr als bisher Öffentlichkeit über dieses Parlament herzustellen, die Nutzung des Internets steht in der neuen Legislaturperiode bei Herstellung von Öffentlichkeit über das, was hier präsentiert und diskutiert wird, an.

Für die Zeit bis zur Landtagswahl und für die neue Legislaturperiode, meine Damen und Herren, fordere ich eine Repolitisierung der Politik in der Steiermark und für die Steiermark. Am 15. Oktober stehen steirische Parteien zur Bewertung und zur Auswahl an, nicht die Bundesregierung. Darüber sollten weder rote Karten noch ein Applaus für diese Bundesregierung, der zugegeben aus der Steiermark spärlich ausfällt, hinwegtäuschen. Am 15. Oktober, meine Damen und Herren, geht es hoffentlich um Politik in der Steiermark und für die Steiermark. Das heißt darum, welche Konzepte und Programme die steirischen Parteien präsentieren, anhand deren sie die Politik dieses Landes in den nächsten fünf Jahren gestalten wollen. Konzepte und Programme, mit denen wir vorschlagen sollen, wie die Probleme, die Aufgaben, die Herausforderungen, denen auch die Steiermark gegenübersteht, gelöst werden könnten, vor dem Hintergrund dieser jeweiligen politischen Positionierungen. Es geht vor dem Hintergrund meines Politikverständnisses, meine Damen und Herren, nicht um eine Steiermark-Idylle, die uns von den Plakatwänden entgegentritt, es geht, meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund meines Politikverständnisses nicht um Größe, um Stärke der Steiermark oder um die Stärke einzelner Politikerinnen und Politiker und es geht vor dem Hintergrund meines Politikverständnisses nicht darum, der Politikverdrossenheit unserer Bürgerinnen und Bürger dadurch zu begegnen, indem man das Unpolitischsein zur steirischen Ehrennadel erklärt.

Es gibt, meine Damen und Herren, und das haben auch manche meiner Vorredner bekundet, viel zu tun in der neuen Legislaturperiode. Es geht auch um die Sanierung des steirischen Landesbudgets und da werden wir nicht mit Retuschen da und dort auf der

Einnahmen- oder Ausgabenseite zu Rande kommen. Da geht es um ins Fleisch gehende Strukturreformen, Strukturreformen in der Politik und in der Verwaltung, Stichwort Reduzierung der Mitglieder der Landesregierung, aber auch Reduzierung der Mitglieder des Landtages. Da geht es um eine Förderungsverwaltung, die vom Gießkannenprinzip Abschied nimmt, die die geringer werdenden Mittel konzentriert und die die Effektivität der Förderungsverwaltung auch evaluiert. Und im Gesundheitsbereich wird es darum gehen, Qualität und Vorsorge vor Quantität und reparierenden Medizin zu setzen. Bei den Dienstpostenbesetzungen in der steirischen Landesverwaltung, im Schulbereich, bei den Unternehmungen, die von der Landesregierung, vom Land beherrscht werden, müssen die parteipolitische Einflussnahme und das Proporzsystem in der neuen Legislaturperiode beseitigt werden. Wir brauchen, meine Damen und Herren, eine fundierte Diskussion betreffend die territoriale Neugliederung und das, was die Identität unserer Regionen ausmacht, eine fundierte Diskussion, die sich nicht in der Forderung nach Abschaffung des Landtages oder nach Einzementierung der Bezirksgerichte erschöpft.

Wir brauchen eine Verwaltungsreform, meine Damen und Herren, die nicht davon träumt, kärntnerische und steirische Einheiten des Amtes der Landesregierung zusammenzulegen, wenn gleichzeitig zwei Abteilungsgruppen und drei Abteilungen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung neu geschaffen werden, ohne dass ein Bedarf und eine Kostenrechnung dafür vorgelegt werden, wie der Landesrechnungshof in mehreren Berichten festgestellt hat. Sondern wir brauchen eine Verwaltungsreform, die an den Grundsätzen der Effektivität und der Effizienz orientiert ist, an dem, was *new public management* genannt wird. Und es wird darum gehen, das Know-how unserer Beamenschaft, das es auf diesem Gebiet reichlich gibt, einbringen zu lassen und nicht, dieses Know-how der Beamenschaft bei Verbesserung von Effektivität und Effizienz durch parteipolitische Machinationen zu behindern. Es wird darum gehen, der *one-shop-Philosophie* tatsächlich Durchbruch zu verschaffen in der Gestalt, dass ein Häuslbauer oder ein Unternehmer nur eine Stelle aufsuchen muss, wo er alle Genehmigungen, die er braucht, bekommt und alle Informationen über alle Förderungen, und nicht zu zig Stellen laufen muss, um seiner Initiative und seiner Phantasie Rechnung tragen zu lassen. Auch wenn die Steiermark auf wirtschaftlichem Gebiet aufgeholt hat, was auch ich nicht anstehe zu sagen und zu sehen, müssen wir die Infrastruktur der Steiermark massiv verbessern. Ich nenne nicht nur die Schiene, Frau Kollegin Zitz, sondern die Straße und den Flugverkehr, die Energiesituation, die Telekommunikation, aber auch die Bildung und die Weiterbildung, weil gerade diese beiden Aspekte eine wichtige Voraussetzung zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Steiermark sind. Bildung und Weiterbildung, die nicht nur in den institutionalisierten Bildungseinrichtungen, den Schulen und den Hochschulen zu vermitteln ist, sondern die auch den Menschen vermehrt angeboten werden muss, die aus irgendwelchen Gründen eine schulische Bildungslaufbahn nicht bis zum Ende bringen konnten.

Wir werden uns am Beginn der neuen Legislaturperiode auch den Kopf zerbrechen müssen, meine Damen und Herren, über die Wege, auf denen wir zu substanziellen Reformen kommen, denn durch solche Schlagabtausche wie heute kommen wir zu keinen substanziellen Reformen. Wir müssen uns über Verfahren den Kopf zerbrechen, wie wir zu solchen Reformen kommen. Ich verlange für die neue Legislaturperiode ein Regierungsprogramm und wir, die Liberalen, werden uns an der Landeshauptmannwahl nur dann beteiligen, wenn von den Kandidatinnen und Kandidaten ein Regierungsprogramm vorgelegt wird. Wir werden uns darum bemühen müssen, dass der Sachverstand, den es in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, in der Wissenschaft gibt, vermehrt in die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung eingebunden wird.

Ein Stichwort: Qualitätssicherung in den steirischen Krankenanstalten. Wir brauchen eine von externen Fachleuten besetzte Arbeitsgruppe, die sich mit der Qualitätssicherung in den Steiermärkischen Krankenanstalten beschäftigt. Wir brauchen, so wie die Dänen, meine Damen und Herren, Plattformen des Informationsaustausches zwischen der Bürgerschaft auf der einen Seite und der Politik auf der anderen Seite, zwischen N.G.Os auf der einen Seite und der Politik auf der anderen Seite. Nicht so, wie das derzeit geschieht und von der Bürgerschaft und den N.G.Os beklagt wird; sie zerbrechen sich den Kopf, produzieren Konzepte, liefern das bei der Politik oder beim Petitions-Ausschuss ab und das war es dann auch schon. Da muss ein Dialog mit der Bürgerschaft und mit den N.G.Os stattfinden.

Und, meine Damen und Herren, wir brauchen auch eine Volksabstimmung über die Frage, ob das Proporzsystem in der Steiermärkischen Landesregierung aufrechterhalten werden soll oder nicht. Das geht nur über eine Volksabstimmung, weil ÖVP und SPÖ auf diesem Gebiet keinen Konsens finden und wahrscheinlich auch in der neuen Periode die Zweidrittelmehrheit haben. Eine Volksabstimmung, an der sich die Wissenschaft und die Medien beteiligen sollen, um Pro- und Kontra-Positionen dieses Proporzsystems darzustellen. Wenn Herr Kollege Schützenhöfer heute rühmlich gesagt hat, es gibt keine offene Koalition und wenn du, Herrmann, auch rühmlich gesagt hast, dass ÖVP und SPÖ wechselseitig sich keine Gesetze oktroyiert haben, dann ist das für mich nicht zu rühmen, das ist ein Manko eines Proporzsystems in der Landesregierung so nach dem Motto, wenn du mir nicht mein Objektivierungsgesetz gibst, dann gebe ich dir auch nicht dein Kulturförderungsgesetz und so weiter. Wir brauchen eine Volksabstimmung, die diese Pattsituation beendet.

Meine Damen und Herren, ich möchte am Schluss mich bedanken, mich bedanken bei allen Landtagsfraktionen, mich bedanken bei den Grünen, Edith Zitz, Martin Wabl und Peter Hagenauer. Wir haben am Anfang dieser Periode ein demokratiepolitisches Zeichen gesetzt, indem wir alle unsere Anträge von vier Abgeordneten dieser beiden Fraktionen unterschreiben haben lassen. Und auch nach Austritt von Margit Keshmiri aus dem Klub hast du mich, Edith, bei meinen Anträgen, und Sie, Herr Kollege Hagenauer, unterstützt. Dafür möchte ich mich bedanken.

Ich möchte mich auch bei der Präsidialkonferenz und bei der Landtagsdirektion für die viele Hilfe und Unterstützung bedanken, bei den Damen des Stenographendienstes, denen ich die Arbeit, wenn schon nicht erschwert, so zumindest vermehrt habe, bei der Beamtenschaft des Landes und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Klubs und meiner Partei.

Meine Damen und Herren, ich bin in die Politik gegangen, weil ich gerne gestalte und weil ich am Gestalten Freude empfinde. Aber es ist mir immer auch wichtig gewesen und weiterhin wichtig, immer wieder auch in Distanz zur Politik zu sein, mich von Politik nicht davontragen und auffressen zu lassen.

Dieses Wechselspiel von Nähe und Distanz zur Politik das wünsche ich Ihnen, allen Damen und Herren dieses Hauses, insbesondere in diesen Wochen vor der Landtagswahl. (Allgemeiner Beifall. – 11.47 Uhr.)

Präsident: Danke sehr!

Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Ich teile dem Landtag noch mit, dass jene Anfragebeantwortungen, die aus Zeitmangel in der letzten Sitzung am 4. Juli in der Fragestunde nicht mehr mündlich erfolgen konnten, heute schriftlich aufliegen. Ebenso drei Anfragen und eine Anfragebeantwortung.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss auch einen Dank aussprechen. Ihnen allen meine Damen und Herren Abgeordneten, den Mitgliedern der Landesregierung, den Klubobmännern und der Frau Klubobmann sowie meinen Kollegen im Präsi-

dium möchte ich danken für die in dieser Gesetzgebungsperiode geleistete Arbeit und ich möchte Ihnen allen auch einen erholsamen, wenn auch möglicherweise kurzen Urlaub wünschen.

Mein besonderer Dank und die besten Wünsche für die Zukunft gelten jedoch jenen Damen und Herren Abgeordneten, die mit dem Ende dieser Gesetzgebungsperiode unser Haus verlassen. Mögen Sie die Tätigkeit als Abgeordnete im Steiermärkischen Landtag als politisch interessante und für unser Land wesentliche und wichtige Arbeit in Erinnerung behalten.

Mein persönlicher Dank gilt schließlich und endlich auch allen Mitarbeitern im Landtag. An der Spitze darf ich hier stellvertretend für alle namentlich den Landtagsdirektor Dr. Anderwald anführen. Ich darf auch dem Stenographendienst, den Damen und dem einen Herrn, die dieses Team ausmachen, sehr danken. (Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte sogar den Vertretern der Presse sehr danken, dass Sie, meine Damen und Herren, unsere Arbeit, natürlich aus Ihrem Blickwinkel und nach Ihrer Betrachtungsweise, einer größeren Öffentlichkeit nahegebracht haben. Herzlichen Dank! (Allgemeiner Beifall.)

Da es sich um eine Sondersitzung handelt, muss ich gemäß Paragraph 13 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 über die Beendigung dieser Tagung abstimmen lassen.

Ich bitte Sie um ein Handzeichen, wenn Sie dem zustimmen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Beschlussfassung fest.

Die Tagung ist beendet und ich schließe damit die voraussichtlich letzte Sitzung in der XIII. Gesetzgebungsperiode.

Einen schönen Sommer! (Ende der Sitzung: 11.50 Uhr.)